Spezielle Datenschutzhinweise für das Einwohnermeldeamt

Diese Datenschutzhinweise geben Ihnen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, welche wir verarbeiten. Sie dient zur Information auch über Ihre Rechte aus dem Datenschutzrecht. Diese Datenschutzhinweise entsprechen der allgemeinen Information über die Datenverarbeitung insg. Bei uns. Sie dient der Erfüllung unserer Informations- und Transparenzpflichten gem. Art. 5 Abs. 1 lit. a, Art. 12 Abs. 1 S. 1 DSGVO.

Verantwortliche und Datenschutzbeauftragte

Stand 08.02.2022

Für die Datenverarbeitung Verantwortlich ist:

Gemeindeverwaltung Steinberg

E-Mail: rathaus@gde-steinberg.de

Tel.: (037462) 671 - 0

Am Bahnhof 3

08237 Steinberg

OT Rothenkirchen

Webseite: www.gemeinde-steinberg.de

Der Datenschutzbeauftragte des Verantwortlichen ist:

Ferris Datenschutz Consulting

UG (haftungsbeschränkt)

Heinrich-Schmidt-Str. 1

04347 Leipzig

Mobil: +49 (0) 152 537 838 74

E-Mail: datenschutz@ferris-datenschutz.de

Website: www.ferris-datenschutz.de

Arten und Quellen der verarbeitenden Daten:

Im Rahmen unserer behördlichen Tätigkeit verarbeiten wir personenbezogene Daten. In diesem Zusammenhang verarbeiten die gem. § 3 BMG genannten personenbezogenen Daten. Wir erhalten auf diesem Wege ihre Personenbezogenen Daten, die wir durch Ihnen im Rahmen unserer öffentlich-rechtlichen Rechtsbeziehung erhalten. Darüber erhalten wir solche personenbezogenen Daten die wir im Rahmen unseres gesetzlichen Auftrages von anderen öffentlichen Stellen wie etwa kommunal-, Landes- oder Bundesstellen erhalten und durch unsere Geschäftsbeziehungen mit Geschäftspartnern wie auch durch Dritte erhalten. Die Verarbeitung von solchen Daten ist für die Erbringung unserer Dienstleistung und zur Erfüllung unseres gesetzlichen Auftrages als Einwohnermeldeamt erforderlich.

Dabei können wir gem. § 3 BMG folgende personenbezogene Daten verarbeiten:

❖ Allgemeine Personendaten

wie Familienname, frühere Namen, Vornamen unter Kennzeichnung des gebräuchlichen Vornamens, Doktorgrad, Ordensname, Künstlername, Geburtsdatum und Geburtsort sowie bei Geburt im Ausland auch den Staat, Geschlecht, keine Eintragung, derzeitige Staatsangehörigkeiten, rechtliche Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft, derzeitige Anschriften, frühere Anschriften im Zuständigkeitsbereich der Meldebehörde sowie Anschrift der letzten alleinigen Wohnung oder Hauptwohnung und der letzten Nebenwohnungen außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Meldebehörde, gekennzeichnet nach Haupt- und Nebenwohnung, bei Zuzug aus dem Ausland auch den Staat und die letzte Anschrift im Inland, bei Wegzug in das Ausland auch die Zuzugsanschrift im Ausland und den Staat, Einzugsdatum, Auszugsdatum, Datum des letzten Wegzugs aus einer Wohnung im Inland sowie Datum des letzten Zuzugs aus dem Ausland, Familienstand, bei Verheirateten oder Lebenspartnern zusätzlich Datum und Ort der Eheschließung

oder der Begründung der Lebenspartnerschaft sowie bei Eheschließung oder Begründung der Lebenspartnerschaft im Ausland auch den Staat,

- ❖ Angaben über gesetzliche Vertreter
wie Familienname, Vornamen, Doktorgrad, Anschrift, Geburtsdatum, Geschlecht, Sterbedatum sowie Auskunftsperren nach § 51 und bedingte Sperrvermerke nach § 52,
- ❖ Angaben zum Ehegatten oder Lebenspartner
wie Familienname, Vornamen, Geburtsname, Doktorgrad, Geburtsdatum, Geschlecht, derzeitige Anschriften im Zuständigkeitsbereich der Meldebehörde sowie Anschrift der letzten alleinigen Wohnung oder Hauptwohnung außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Meldebehörde, Sterbedatum sowie Auskunftsperren nach § 51 und bedingte Sperrvermerke nach § 52,
- ❖ Angaben zu minderjährigen Kindern
wie Familienname, Vornamen, Geburtsdatum, Geschlecht, Anschrift im Inland, Sterbedatum, Auskunftsperren nach § 51 und bedingte Sperrvermerke nach § 52,
- ❖ Daten der Meldestelle wie Ausstellungsbehörde
wie Ausstellungsdatum, letzter Tag der Gültigkeitsdauer und Seriennummer des Personalausweises, vorläufigen Personalausweises oder Ersatz-Personalausweises, des anerkannten Passes oder Passersatzpapiers, Ausstellungsbehörde, letzter Tag der Gültigkeitsdauer und Seriennummer der eID-Karte sowie Sperrkennwort und Sperrsumme des Personalausweises und der eID-Karte, die AZR-Nummer in den Fällen und nach Maßgabe des § 10 Absatz 4 Satz 2 Nummer 4 des AZR-Gesetzes, übergangsweise die Seriennummer des Ankunftsnachweises nach § 63a Absatz 1 Nummer 10 des Asylgesetzes,
- ❖ Auskunfts- und Übermittlungssperren
wie auch Sterbedatum und Sterbeort sowie bei Versterben im Ausland auch den Staat.
- ❖ Weitere Angaben zu speziellen Sachverhalten wie
 - a. für die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen auf staatlicher und kommunaler Ebene die Tatsache, dass die betroffene Person wie von der Wahlberechtigung oder der Wählbarkeit ausgeschlossen ist, als Unionsbürger (§ 6 Absatz 3 Satz 1 des Europawahlgesetzes) bei der Wahl des Europäischen Parlaments von Amtes wegen in ein Wählerverzeichnis im Inland einzutragen ist; ebenfalls zu speichern ist die Gebietskörperschaft oder der Wahlkreis im Herkunftsmitgliedstaat, wo die betroffene Person zuletzt in ein Wählerverzeichnis eingetragen war,
 - b. für das Verfahren zur Bildung und Anwendung der elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale nach § 39e Absatz 2 Satz 2 und 3 des Einkommensteuergesetzes wie die Zugehörigkeit zu einer steuererhebenden Religionsgesellschaft sowie das Datum des Eintritts und Austritts, den Familienstand, das Datum der Begründung oder Auflösung der Ehe oder Lebenspartnerschaft sowie die Identifikationsnummern oder die Vorläufigen Bearbeitungsmerkmale des Ehegatten oder Lebenspartners, der minderjährigen Kinder, die ihre alleinige Wohnung oder ihre Hauptwohnung im Zuständigkeitsbereich derselben Meldebehörde haben,
 - c. für Zwecke nach § 139b Absatz 2 der Abgabenordnung wie die Identifikationsnummer nach § 139b der Abgabenordnung und bis zu deren Speicherung im Melderegister das Vorläufige Bearbeitungsmerkmal nach § 139b Absatz 6 Satz 2 der Abgabenordnung,
 - d. für die Ausstellung von Pässen und Ausweisen wie die Tatsache, dass Passversagungsgründe vorliegen, ein Pass versagt oder entzogen oder eine Anordnung nach § 6 Absatz 7, § 6a Absatz 1 oder § 6a Absatz 2 des Personalausweisgesetzes getroffen worden ist,
 - e. für staatsangehörigkeitsrechtliche Verfahren wie die Tatsache, dass die deutsche Staatsangehörigkeit nach § 4 Absatz 3 oder § 40b des Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben wurde und nach § 29 des Staatsangehörigkeitsgesetzes ein Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit eintreten kann,
 - f. für Zwecke der Suchdienste wie die Anschrift vom 1. September 1939 derjenigen Einwohner, die aus den in § 1 Absatz 2 Nummer 3 des Bundesvertriebenengesetzes bezeichneten Gebieten stammen,

- g. für waffenrechtliche Verfahren wie Tatsachen, dass eine waffenrechtliche Erlaubnis erteilt oder ein Waffenbesitzverbot erlassen worden ist, sowie die jeweilige Behörde, die diese Tatsache mitteilt, mit Angabe des Datums, an dem die waffenrechtliche Erlaubnis erstmals erteilt oder das Waffenbesitzverbot erlassen worden ist,
- h. für sprengstoffrechtliche Verfahren wie die Tatsache, dass eine sprengstoffrechtliche Erlaubnis oder ein Befähigungsschein nach § 20 des Sprengstoffgesetzes erteilt worden ist, sowie die Behörde, die diese Tatsache mitteilt, mit Angabe des Datums der erstmaligen Erteilung,
- i. zur Beantwortung von Aufenthaltsanfragen anderer Behörden und sonstiger öffentlicher Stellen, wenn der Einwohner die Wohnung aufgegeben hat und der Meldebehörde eine neue Wohnung nicht bekannt ist, wie das Ersuchen um Datenübermittlung mit dem Datum der Anfrage und der Angabe der anfragenden Stelle für die Dauer von bis zu zwei Jahren,
- j. für die Prüfung, ob die von der meldepflichtigen Person gemachten Angaben richtig sind, und zur Gewährleistung der Auskunftsrechte in § 19 Absatz 1 Satz 3 und § 50 Absatz 4 wie den Namen und die Anschrift des Eigentümers der Wohnung und, wenn dieser nicht selbst Wohnungsgeber ist, den Namen des Eigentümers der Wohnung sowie den Namen und die Anschrift des Wohnungsgebers,
- k. im Spannungs- oder Verteidigungsfall für die Wehrerfassung wie die Tatsache, dass ein Einwohner bereits vor der Erfassung seines Jahrganges erfasst worden ist.

Zweck und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung:

Wir verarbeiten personenbezogene Daten gem. der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) zur Erfüllung unseres gesetzlichen Auftrages gem. Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO.

Der gesetzliche Auftrag ergibt sich für uns als Einwohnermeldeamt und damit als kommunale Meldebehörde gem. § 2 Abs. 1 Bundesmeldegesetz (BMG). Hiernach müssen wir personenbezogene Daten über in unserem Zuständigkeitsbereich wohnhaften Personen (Einwohner) verarbeiten:

- ❖ um die Personen, zu registrieren und damit die Identität und Wohnungen der betroffenen Person festzustellen und nachzuweisen.
- ❖ Um die in den Melderegistern gespeicherten personenbezogenen Daten im Wege von Melderegisterauskünfte (siehe hier §§ 44 ff. BMG) und Datenübermittlungen (siehe §§ 33 ff. BMG) zu übermitteln.
- ❖ bei der Durchführung von Aufgaben anderer öffentlicher Stellen mitzuwirken (§ 2 Absatz 3 BMG).
- ❖ Zur regelmäßigen Datenübermittlungen gem. §§ 36, 43 BMG; 1. und 2. Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung an andere öffentliche Stellen sowie nach § 42 BMG an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften.
- ❖ Um Bundes- und Landesregelungen zur regelmäßigen Datenübermittlungen nachzukommen, in der bei bestimmten Anlässen und zu bestimmten Zwecke eine Datenübermittlung erfolgen muss.

Empfänger der Personenbezogenen Daten:

Wir übermitteln ihre personenbezogenen Daten nur an den vom Bundesmeldegesetz und den länderspezifischen Regelungen an berechnigte öffentliche Stellen wie auch an nicht-öffentliche Stellen und Privatpersonen, die das Gesetz vorsieht und nur nach den einschlägigen Regelungen insbesondere unter Berücksichtigung ihrer Rechte. An folgende Empfänger können ihre personenbezogenen Daten übermittelt werden:

- ❖ Andere inländische öffentliche Stellen und Meldebehörden gem. §§ 2, 33, 34, 36 BMG;
- ❖ Organisationen und berechnigte Personen wie auch öffentliche Stelle im Wege der Personensuche und freien Suche im automatisierten Abruf gem. §§ 34a, 38 BMG;
- ❖ Ausländische Stellen gem. § 35 BMG;
- ❖ eigene interne kommunale Stellen und Eigenbetriebe gem. § 37 BMG;

- ❖ öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften gem. § 42 BMG;
- ❖ Suchdienste gem. § 43 BMG;
- ❖ Privatpersonen und nicht-öffentliche Stellen im Sinne einer gebührenpflichtigen Auskunft gem. §§ 44,45 BMG;
- ❖ Parteien, Wählergruppen und andere Träger von Wahlvorschlägen gem. § 50 Abs. 1 BMG;
- ❖ Mandatsträger, Presse und Rundfunk im Wege von Alters- und Ehejubiläen gem. § 50 Abs. 2 BMG;
- ❖ Adressbuchverlage dürfen zum Zwecke der Veröffentlichung in gedruckten Adressbüchern lediglich einzelne abschließend aufgezählte Daten aller volljährigen Einwohner von der Meldebehörde erhalten § 50 Abs. 3 BMG;
- ❖ Der Wohnungseigentümer/ Wohnungsgeber gem. § 50 Abs. 4 BMG;

Datenübermittlung an öffentliche Stellen innerhalb der europäischen Union und des europäischen Wirtschaftsraumes

Wir übermitteln ihre personenbezogenen Daten auch an öffentlichen Stellen in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) sowie an Organe und Einrichtungen der Europäischen Union. Dies dient der zur Erfüllung der in unserer Zuständigkeit liegenden Meldebehörde oder in der Zuständigkeit des Empfängers liegenden öffentlichen Aufgaben. Die Übermittlung an öffentliche Stellen des EWR erfolgt nur, soweit die Empfänger den Inhalt der Datenschutz-Grundverordnung übernehmen.

Datenübermittlung an einem Drittland oder an einer internationalen Organisation:

Wir übermitteln grundsätzlich keine personenbezogenen Daten in Staaten außerhalb der Europäischen Union und des EWR (sogenannte Drittstaaten). Soweit es jedoch gesetzlich vorgeschrieben ist (z. B. steuerrechtliche Meldepflichten) oder Sie uns eine Einwilligung erteilt haben, übermitteln wir auch Daten an Drittstaaten. Mithin findet eine Weitergabe insofern statt, wenn wir hierzu berechtigt sind. In solchen Fällen kann eine Übermittlung z. B. in die Schweiz oder die USA erfolgen. Jedoch achten wir darauf, dass wir die datenschutzrechtliche Regularien nach den Art. 44 ff. DSGVO erfüllen.

Speicherdauer:

Wir verarbeiten und speichern Ihre personenbezogenen Daten so lange bis der Zweck der Verarbeitung erfüllt ist. Dies ist z.B. bei der Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten dann der Fall, soweit die Betroffene Person aus unserem Zuständigkeitsbereich wegzieht oder verstirbt und die personenbezogenen Daten nicht zur Feststellung der Identität und dem Nachweis der Wohnung dienen sowie nicht für Wahl- und Lohnsteuerzwecke oder zur Durchführung von staatsangehörigkeitsrechtlichen Verfahren erforderlich sind.

Während dieser Zeit dürfen die Daten mit Ausnahme des Familiennamens und der Vornamen sowie früheren Namen, des Geburtsdatums, des Geburtsortes sowie bei Geburt im Ausland auch des Staates, der derzeitigen und früheren Anschriften, des Auszugsdatums sowie des Sterbedatums, des Sterbeortes sowie bei Versterben im Ausland auch des Staates nicht mehr verarbeitet werden. Für die in § 13 Abs. 2 Satz 3 BMG bestimmten Fälle gilt das Verbot der Verarbeitung nicht. Für bestimmte Daten gelten nach § 14 Absatz 2 BMG kürzere Lösungsfristen.

Wir verarbeiten mithin, ihre Daten nachdem der Zweck erfüllt eingeschränkt weiter zur:

- ❖ Aufbewahrung bis zu 50 Jahren, fünf Jahre nach Wegzug oder Tod gem. § 13 Abs. 2 BMG

- ❖ Erfüllung handels- und steuerrechtlicher Aufbewahrungspflichten, die sich z. B. aus dem Handelsgesetzbuch (HGB) und der Abgabenordnung (AO) ergeben. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen in der Regel zwei bis zehn Jahre.
- ❖ Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsvorschriften. Nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist 3 Jahre beträgt, gerechnet ab dem Ende des Jahres indem die Geschäftsbeziehung endet, beträgt.
- ❖ Im Rahmen unseres gesetzlichen Auftrages insb. Mit Blick auf die Abrechnung der Beitragszahlungen und Gebühren insbesondere aufgrund von haushaltsrechtlichen Vorgaben und im Wege von Verwaltungsrechtsverfahren können Aufbewahrungspflichten bis zu 50 Jahren vorliegen. Diese richten sich nach dem Sächsischen Aktenplan und vom Freistaat Sachsen erlassenen Verwaltungsvorschriften zur Aufbewahrung von Unterlagen.

Ihre Rechte als Betroffene/r:

Jede betroffene Person hat:

- ❖ das Recht auf Auskunft nach Artikel 15 DSGVO unter Maßgabe der Voraussetzungen gem. §§ 10, 11 Abs. 2 und Abs. 3 BMG,
- ❖ das Recht auf Berichtigung nach Artikel 16 DSGVO,
- ❖ das Recht auf Löschung nach Artikel 17 DSGVO,
- ❖ das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DSGVO, § 11
- ❖ das Recht auf Widerspruch aus Artikel 21 DSGVO,
- ❖ das Recht auf Datenübertragbarkeit aus Artikel 20 DSGVO sowie
- ❖ das Recht auf Beschwer bei der zuständigen Datenschutzaufsicht gem. Art. 77 DSGVO i.V.m. § 19 BDSG.

Beim Auskunfts- und beim Löschungsrecht gelten die Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG.

Pflicht zur Bereitstellung von Daten:

Damit wir unseren Zweck erfüllen können (z.B. Erbringung von Dienstleistungen und Wahrnehmung unseres gesetzlichen Auftrages) benötigen wir ihre entsprechenden personenbezogenen Daten. Sie als Einwohner sind gem. §§ 17, 23, 25 BMG zur Mitwirkung und Bereitstellung ihrer personenbezogenen Daten verpflichtet.

Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling:

Wir setzen grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Artikel 22 DSGVO ein. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber und über Ihre diesbezüglichen Rechte gesondert informieren, sofern dies gesetzlich vorgegeben ist.

Ein Profiling, mit dem Ziel bestimmte persönliche Aspekte zu bewerten findet durch uns ebenfalls nicht statt.

Auskunftssperren und Sperrvermerke:

Im Einzelfall haben Sie das Recht, unter Berücksichtigung der Voraussetzungen gem. §§ 13, 50 Abs. 5, 51 Abs. 1 S.1 BMG für bestimmte Übermittlungen eine Auskunftssperre für die Verarbeitung bei uns zu hinterlegen. In einem solchen Fall werden wir ihre personenbezogenen Daten nicht an andere Stellen übermitteln und nur nach Maßgabe des rechtlich zulässigen Rahmens die Daten verarbeiten.

Zudem sind wir gem. § 51 Abs. 1 S. 1 BMG von Amts wegen verpflichtet zu prüfen, ob Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass der betroffenen oder einer anderen Person durch eine Melderegisterauskunft eine Gefahr für Leben, Gesundheit, persönliche Freiheit unterliegt oder ähnliche schutzwürdige Interessen erwachsen. Stellen wir solche fest, werden wir von Amts wegen eine befristete Auskunftssperre für 2 Jahre gem. § 51 Abs. 4 S. 1 BMG unentgeltlich im Melderegister eintragen und keine Übermittlungen außer in den gesetzlich vorgeschriebenen Ausnahmefällen durchführen.

Widerspruchsrecht im Falle einer Verarbeitung:

Im Einzelfall haben Sie ein Widerrufsrecht, welche Sie aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit geltend machen können, soweit die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind. Sie können somit gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten, die aufgrund von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DSGVO (Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse) und Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgen, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Artikel 4 Nr. 4 DSGVO.

Soweit Sie Widerspruch einlegen, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende berechtigte Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Ihren Widerspruch können Sie formfrei mit dem Betreff „Widerspruch“ unter Angaben Ihres Namens, Adresse und Geburtsdatum an folgende Empfänger richten:

Gemeindeverwaltung Steinberg

E-Mail: rathaus@gde-steinberg.de

Tel.: (037462) 671 - 0

Am Bahnhof 3

08237 Steinberg

OT Rothenkirchen

Webseite: www.gemeinde-steinberg.de

Haben Sie das Gefühl, dass wir ihre Daten nicht rechtskonform verarbeiten, können Sie sich selbstverständlich auch an der für uns zuständigen Datenschutzaufsicht wenden. Die für uns zuständige Datenschutzaufsicht ist:

Sächsische Datenschutzbeauftragte

Devrientstraße 5

01067 Dresden

Telefon: 0351/85471 101

Telefax: 0351/85471 109

E-Mail: saechsdsb@slt.sachsen.de

Diese Datenschutzerklärung wurde erstellt von Ferris Datenschutz Consulting UG (haftungsbeschränkt), Heinrich-Schmidt-Str. 1, 04347 Leipzig. Website: www.ferris-datenschutz.de. Ferris Datenschutz Consulting UG (haftungsbeschränkt) bietet ist u. a. Leistungen im Bereich Datenschutz an und ist als externe Datenschutzbeauftragte tätig.